



Dr. Axel Spies

Morgan, Lewis & Bockius, Washington DC, VATM-„Washington-Office“

Dr. Axel Spies, deutscher Rechtsanwalt in Washington DC, betreut seit über 10 Jahren das „Washington Office“ des VATM. Dr. Spies gehört zur Telecommunications Group der internationalen Kanzlei Morgan, Lewis & Bockius mit zahlreichen Büros in den USA, Asien und Europa. Vor seiner Tätigkeit in Washington DC arbeitete Dr. Spies mehrere Jahre in der Holding der VEBA AG (jetzt E.ON) sowie in Indien und Moskau. Er hält für den Verband engen Kontakt mit der Federal Communications Commission (FCC), dem State Department, der VATM-Schwesterorganisation CompTel, dem Department of Commerce, dem US Trade Representative (USTR), der Deutschen Botschaft und der US-Presse.



Im Fokus: *Internationale Märkte*

Statement

USA: Netzneutralität – Regulierung bleibt weiter in der Schwebel

Das Fazit der US-Zwischenwahl lautet: Schwierige Zeiten. Die Republikaner kontrollieren jetzt beide Häuser des Kongresses, aber sie haben nicht genug Stimmen im Senat, um ohne die Demokratische Partei einen Debattenschluss herbeizuführen oder ein Veto des Präsidenten zu überstimmen.

Ein Teil der Aktivität im Kongress wird sich in seine Ausschüsse verlagern. Wir erwarten deshalb einen Anstieg der Anhörungen und Untersuchungen zu TK-Themen. Die Gesetzesinitiativen dürften sich auf die Aktivitäten der FCC für die Gewährleistung eines „Offenen Internet“ richten, evtl. auch gegen eine lange geplante Auktion im TV-Band der FCC. Ob sie je Gesetzeskraft erlangen, ist fraglich, da dem Präsidenten ein Vetorecht zusteht. Mehr Erfolg könnten Initiativen haben, der FCC für bestimmte Projekte finanziell das Wasser abzugraben, z.B. durch „Veto-feste“ Zusätze (Riders) zu Haushaltsvorschriften. Ein neues oder stark überarbeitetes Telekommunikationsgesetz (TA) wird es vermutlich nicht geben. Der wichtige Ausschuss des Repräsentantenhauses für Handelsfragen wird sein Augenmerk auf die Energie- und Gesundheitspolitik legen – nicht auf TK-Themen. Das zurzeit gültige TA von 1996 benötigte 10 Jahre bis zur Ausfertigung und war eine parteiübergreifende Meisterleistung. Davon sind die politischen Kräfte heute weit entfernt. Auch für den Datenschutz wird es auf Bundesebene so schnell keine großen Lösungen geben. Spezialgesetze im Rahmen des Verbraucherschutzes sind weiter möglich, wie auch Anordnungen zur Cybersecurity oder zum Schutz von kritischer Infrastruktur – eine Debatte, die ja auch in Deutschland geführt wird.

Auf der Ebene der FCC liegt der Schwerpunkt auf den Regeln zur Sicherung eines „Offenen

Internet“, insbesondere auf der Rechtsgrundlage neuer Regeln. Die Gefahr des abermaligen Scheiterns besteht. Die überwiegende Teil der Open Internet Order der FCC von 2010 wurde am 14.01.2014 vom Berufungsgericht für rechtswidrig erklärt. Seitdem bemüht sich die FCC unter ihrem Vorsitzenden Wheeler intensiv um neue Regeln. In dem einschlägigen Regelungsverfahren der FCC sind über drei Millionen Kommentare eingegangen – die meisten für Regeln zur Sicherung des „Offenen Internet“.

Nach der genannten Gerichtsentscheidung vom 14.01.2014 ist eine eng gesteckte Regelung aufgrund von Section 706 TA wohl möglich. Der Druck auf die FCC, den viel weitergehenden Titel II TA mit seinen Regeln für Common Carrier heranzuziehen, hat aber zugenommen. Im letzten Fall würde die FCC den Anbietern von Internetzugängen zahlreichen Pflichten (wie Zahlungen für Universaldienst) aufbürden, es sei denn, die FCC stellt sie hiervon ausdrücklich frei (Forbearance). Im November hat sich Präsident Obama mit einer Videobotschaft an die Öffentlichkeit gewandt und die FCC nach Titel II zum Schutz des „Offenen Internet“ eingefordert. Ende Februar wollen die FCC-Kommissare über neue Regeln abstimmen. Wie immer das Kräftemessen ausgehen wird – der Streit um das „Offene Internet“ wird vermutlich wieder vor Gericht enden – mit allen damit verbundenen Unsicherheiten für die Beteiligten.

